

Parteiprogramm der CVP Basel-Stadt



Unsere Grundwerte

Wir stehen in der Tradition christlicher Werte, definieren uns aber nicht über eine bestimmte Konfession.

Der Mensch mit seiner Würde als freies Individuum, soziales Wesen und Bestandteil seiner Umwelt steht im Zentrum unserer Politik.

Als Christdemokraten und Liberalsoziale beruht unsere Weltanschauung auf den Grundlagen von Freiheit, Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und Weltoffenheit.

Freiheit

Wir setzen uns ein für die Freiheit. Wir respektieren Individualität und Autonomie des Einzelnen.

Eigeninitiative und Selbstverantwortung sind uns wichtig. Die Ansprüche und Rechte der Einzelnen dürfen das Gemeinwohl jedoch nicht verletzen.

Soziale und ökologische Marktwirtschaft verbunden mit Leistungswettbewerb sind die Garanten für Wohlstand und Wachstum.

Solidarität

Die Würde des Menschen darf nicht angetastet werden.

Wir stehen ein für ein solidarisches Gemeinwesen, das integrierend wirkt, Chancengleichheit gewährleistet und sozial Schwächere bedarfsgerecht unterstützt.

Subsidiarität

Der Staat soll nur eingreifen, wo der Einzelne und die Zivilgesellschaft ein Problem nicht lösen können. Innerhalb des Gemeinwesens sind die Kompetenzen möglichst nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern anzusiedeln.

Wir wollen die kleinen Einheiten in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft stärken: Deshalb kämpfen wir für Eigenverantwortung, Familien, Föderalismus und KMUs.

Wir setzen uns ein für schlanke und effiziente Strukturen unseres Gemeinwesens.

Nachhaltigkeit

Wir stehen zur Verantwortung unserer Generation, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können.

Aus Verantwortung gegenüber der Schöpfung verpflichten wir uns auf eine ökologisch nachhaltige Politik.

Aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen verpflichten wir uns zu einem sparsamen Umgang mit sämtlichen Ressourcen.

Weltoffenheit

Wir verstehen Basel-Stadt als eine offene Gemeinschaft.

Von Zuwanderern verlangen wir den Willen zur Integration und die Einhaltung unserer Regeln.

Wir fordern eine verstärkte regionale Zusammenarbeit, insbesondere mit unserem Hauptpartner Baselland.

Für die Lösung staatsübergreifender Fragestellungen befürworten wir eine aktive Mitarbeit der Schweiz in internationalen Organisationen.

Wir unterstützen die europäische Integration und betrachten den EU-Beitritt als einen der möglichen Wege. Im politischen Alltag setzen wir uns ein für eine gelebte Integration im Dreiländereck.

Unsere Positionierung

Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte mit sozialem und ökologischem Bewusstsein.

Wir politisieren aus dem politischen Zentrum heraus, lösungsorientiert und vernünftig.

Gegenüber den Parteien des linken Spektrums grenzen wir uns ab, indem wir Wert auf Subsidiarität und möglichst viel Eigenverantwortung legen. Der Staat hat Aufgaben nur zu übernehmen, wenn der Einzelne oder die Zivilgesellschaft diese nicht selbst lösen können.

Gegenüber den Parteien des rechten Spektrums grenzen wir uns ab, indem wir Wert auf Solidarität legen und uns für Chancengleichheit und bedarfsgerechte Unterstützung von sozial Schwächeren einsetzen.

Wir verstehen unser politisches Engagement als staatsbürgerliche Pflicht zugunsten des Gemeinwohls.

Wir wollen politische Verantwortung tragen und eine Regierungspartei sein.

Eine einseitige Vertretung von Partikularinteressen lehnen wir ab.

Wir kommunizieren ehrlich und verzichten auf demagogische Kampagnen zur Denunziation des politischen Gegners oder zur Herabsetzung einzelner Bevölkerungsgruppen.

Unsere Partner sind diejenigen, die unsere Grundhaltung, unsere Werte sowie unsere inhaltlichen Schwerpunkte teilen.

Unsere Schwerpunktthemen und Forderungen

Familienpolitik

Wir wollen Familien fördern und entlasten.

Familienförderung stellt eine Investition in die Zukunft dar - insbesondere in unserem Stadtkanton mit seinen demografischen Herausforderungen: Unseren Wohlstand und die urbanen Angebote von Basel können langfristig nur gesichert werden, wenn Familien gerne in Basel leben und bleiben!

Wir betrachten die Familie als Kern der Gesellschaft: Im Kleinen muss wachsen, was im Grossen eine starke und verantwortungsbewusste Gemeinschaft formen will.

Wir orientieren uns am Bild einer partnerschaftlichen Familie mit Mutter, Vater und Kindern, aber wir verstehen unter Familie auch andere Gemeinschaften, in denen mindestens ein Kind lebt.

Wir anerkennen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung zusätzlicher Bedarf an Unterstützungsleistungen zugunsten älterer Menschen besteht.

Konkret:

- Wir fordern eine weitere Entlastung von mittelständischen Familien bei Steuern, Gebühren, Krankenkassen und anderen finanziellen Lasten.
- Die Betreuung und Erziehung von Kindern sehen wir in erster Linie in der Familie; ergänzende externe Angebote unterstützen wir, eine Verstaatlichung der Erziehung lehnen wir aber ab.
- Eltern sollen die freie Wahl haben, ob und in welchem Umfang sie von den Angeboten der Tagesbetreuung Gebrauch machen wollen oder nicht und innerhalb der Angebote frei zwischen den verschiedenen Betreuungsmodellen wählen können. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten sollen sie einen angemessenen Betrag an die Kosten der Tagesbetreuung ihrer Kinder leisten.
- Wir setzen uns ein für die gezielte Schaffung von qualitativ hochwertigem und familienfreundlichem Wohnraum.
- Wir unterstützen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, damit die Väter ihrer Verantwortung für Kind und Familie besser gerecht werden können.
- Wir engagieren uns für Massnahmen gegen die Gewalt in der Familie und im familiären Umfeld.
- Wir bemühen uns unter dem Motto «Mehr Eigenverantwortung statt sozialer Abhängigkeit», die Kluft zwischen den Generationen zu verkleinern. Wir helfen, die Autonomie der Seniorinnen und Senioren zu stärken und diese durch vermehrtes eigenes Engagement vor sozialem Rückzug zu bewahren.

Wirtschaftspolitik

Wir setzen uns ein für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Basel.

Wirtschaftliche Prosperität ist die Voraussetzung zur Entwicklung unseres Kantons.

Sie ermöglicht uns, die Wohlfahrt zu fördern, unseren Sozialstaat aufrechtzuerhalten und die kulturellen und gesellschaftlichen Angebote unseres Gemeinwesens zu sichern.

Soziale und ökologische Marktwirtschaft verbunden mit Leistungswettbewerb sind die Kernelemente unserer Wirtschaftspolitik.

Wir bekennen uns zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, weil Innovation und Wachstum in ihr am Besten gedeihen.

Wir anerkennen die zentrale Bedeutung der Life-Sciences für unseren Wirtschaftsstandort und bekennen uns zu ihrer Förderung.

Wir betrachten die Universität als einen unserer wichtigsten Standort-Faktoren.

Wir verpflichten uns auf eine faire Sozialpartnerschaft zur Erhaltung des Arbeitsfriedens, den wir als eine wesentliche Standortqualität sehen.

Konkret:

- Wir kämpfen für das Wohlergehen der KMU und der mittelständischen Familien.
- Wir sind für mehr Wettbewerb in Basel: Wir fordern die erleichterte Zulassung zu regulierten Berufen und die Überprüfung staatlicher Monopole und Marktzutrittsschranken.
- Wir setzen uns ein für ein freundlicheres Steuer- und Innovationsklima in Basel-Stadt. Basel-Stadt muss im Bereich der Unternehmensbesteuerung im schweizerischen Vergleich attraktiver werden.
- Wir engagieren uns für die Schaffung einer Erlebnis- und Shopping-Innenstadt. Eine Fussgängerzone im Kernbereich der Innenstadt ist prioritär umzusetzen.
- Wir befürworten Investitionen in die Universität und die Fachhochschulen, insbesondere im Bereich der Life Sciences. Daran haben sich auch unsere Partner-Gemeinwesen angemessen zu beteiligen.
- Wir setzen uns ein für eine schlanke, effiziente und bürgernahe Verwaltung: Deshalb unterstützen wir Reformprojekte zur stärkeren Wirkungs- und Kundenorientierung der kantonalen Verwaltung.
- Wir fordern die Überprüfung der staatlichen Dienstleistungen auf deren Notwendigkeit hin: Was nicht zwingend vom Staat zu erbringen ist, soll der regionalen Wirtschaft überlassen werden.
- Wir setzen uns ein für einen Abbau der Bürokratie beim Staat z.B. bei den Bewilligungen.
- Wir wollen, dass die KMU von Steuern, Abgaben und gesetzlichen Hemmnissen weiter entlastet werden.

Bildungspolitik

Wir unterstützen die Harmonisierung der Schulen in der Nordwestschweiz.

Wir wollen die Qualität unserer Schulen verbessern – und damit die Berufschancen unserer Schülerinnen und Schüler: Sekundarschul-Abgängerinnen und -Abgänger mit durchschnittlichen Noten müssen wieder eine realistische Chance haben, eine attraktive Lehrstelle zu finden!

Dabei soll an allen Schulstufen Leistung eingefordert und stark gewichtet werden.

Wir anerkennen, dass Chancengleichheit in gewissen Bereichen wie beispielsweise im Bildungswesen durch den Staat aktiv gefördert werden muss.

Durch gezielte Unterstützung schwächerer und fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler ist die Chancengleichheit und Integration zu verbessern.

Die Schule muss verstärkt auf die Bedürfnisse der Familie Rücksicht nehmen.

Konkret:

- Die Harmonisierung der Schulen in der Nordwestschweiz ist zügig umzusetzen.
- Besondere Aufmerksamkeit verdient die Sekundarschule. Den drei Zügen muss Raum für eigenen Charakter und eigene Schwerpunkte zugestanden werden. Wir fordern die Ermöglichung eines strukturierten beschleunigten Übertritts vom P-Zug ins Gymnasium, damit leistungsstarke Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu heute keine Verlängerung der Schullaufbahn hinnehmen müssen.
- Fremdsprachige Kinder sollen erst in die Regelklassen aufgenommen werden, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.
- Wir unterstützen einen Ausbau von familienergänzenden Angeboten der Tagesbetreuung an den öffentlichen Schulen. Eltern sollen die freie Wahl haben, ob sie von diesen Angeboten Gebrauch machen wollen oder nicht und innerhalb der Angebote frei zwischen den verschiedenen Betreuungsmodellen wählen können. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten sollen sie einen angemessenen Betrag an die Kosten der Tagesbetreuung ihrer Kinder leisten.
- Wir wollen eine verstärkte Förderung von Hochbegabten.
- Wir fordern, dass der Unterricht in den im Lehrplan 21 vorgegebenen Kompetenzbereichen aus dem Fachbereich Ethik, Religion, Gemeinschaft (mit Lebenskunde) für alle Schülerinnen und Schüler an der Volksschule sichergestellt ist.
- Das zweisprachige Unterrichtsangebot ist auszubauen, insbesondere an den Gymnasien.
- Wir begrüßen die Fokussierung des universitären Angebots. In Zusammenarbeit mit anderen Universitäten schliessen wir Angebotslücken. Dabei sind insbesondere die Life-Sciences zu stärken.
- Am Ende eines Schuljahres sollen kantonsübergreifende Tests über den Ausbildungsstand jeder Schülerin und jedes Schülers sowie der Schulklassen Auskunft geben.

Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Eigenverantwortung des Einzelnen ist uns wichtig.

Wir stehen aber ein für die gezielte und bedarfsgerechte Unterstützung von sozial Schwächeren.

Wir setzen uns ein für ein qualitativ hochstehendes, bedarfsgerechtes und finanzierbares Gesundheitsversorgungssystem.

Wir wollen uns für die Bewahrung einer fairen Sozialpartnerschaft starkmachen, weil der soziale Frieden massgeblich zu unserem Wohlstand beiträgt.

Konkret:

- Wir unterstützen die Bestrebungen, die Gesundheitsversorgung in der Nordwestschweiz am Bedarf orientiert regional abzustimmen. Doppelspurigkeiten sollen wo immer möglich abgebaut und Synergien gemeinsam genutzt werden.
- Wir betrachten die universitäre Medizin als gesundheits- wie auch wirtschaftspolitisch wichtigen Faktor für die Region Nordwestschweiz. Um das universitär-medizinische Zentrum langfristig zu positionieren, muss das Einzugsgebiet erweitert, die kritische Grösse gesichert und die Finanzierung regional abgestützt werden.
- Wir setzen uns ein für langfristig bedarfsgerechte Pflegeangebote für ältere Menschen. Wir anerkennen, dass hier Gesellschaft und Staat in Zukunft stärker gefordert sein werden.
- Wir sind für eine stärkere Unterstützung der Pflege zu Hause, insbesondere durch Angehörige. Wir fördern alle Massnahmen, welche die Pflegenden von Angehörigen unterstützen und entlasten.
- Fürsorgeabhängigkeit als Dauerzustand soll vermieden werden.
- Wir fordern eine aktivere präventive Sozial- und Jugendarbeit, insbesondere in Quartieren mit Sicherheitsproblemen.
- Wir bekämpfen Sozialtourismus nach Basel. Dabei suchen wir wo immer möglich partnerschaftliche Lösungen mit unseren Nachbarn.

Migrationspolitik

Wir fordern und fördern die Integration von Immigrantinnen und Immigranten. Dabei anerkennen wir, dass unser Gemeinwesen und unsere Wirtschaft auf den Beitrag von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen sind.

Unsere Asylpolitik orientiert sich am Grundsatz der Humanität.

Der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern zum Zweck der Erwerbstätigkeit ist nach dem Bedarf unserer Wirtschaft zu steuern.

Immigrantinnen und Immigranten, die sich an unsere Gesetze halten, verdienen eine faire Chance zur Integration in Basel.

Missbrauch ist konsequent zu bekämpfen und zu sanktionieren.

Konkret:

- Wir verlangen eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes von «Fördern und Fordern» in der Praxis.
- Neuzugezogene sollen rasch und unbürokratisch in Integrationsangebote (insbesondere Deutschkurse) einbezogen werden.
- Wir fordern die regelmässige Überprüfung der Sprachkompetenz von Ausländerinnen und Ausländern bei Behördenkontakten, damit eine gezielte Förderung angeboten werden kann.
- Besondere Aufmerksamkeit ist der Integration von nichtberufstätigen Ausländerinnen zu schenken.
- Missbrauch ist konsequent und unter Ausschöpfung der gesetzlich vorgesehenen Repressionsmittel zu bekämpfen.

Sicherheitspolitik

Sicherheit ist ein elementares menschliches Bedürfnis und eine staatliche Kernaufgabe.

Schwere Delikte haben zugenommen und das subjektive Sicherheitsempfinden hat nachgelassen. Basel muss wieder sicherer werden.

Wir fordern eine Stärkung unserer Polizei und eine Verbesserung ihrer öffentlichen Sichtbarkeit.

Die Verunsicherung der Bevölkerung in Quartieren mit besonders hohem Ausländeranteil ist ernst zu nehmen.

Die Sauberkeit im öffentlichen Raum ist wichtig und vermittelt ein positives Sicherheitsempfinden. Falsche Abfallentsorgung wirkt sich negativ auf die öffentliche Ordnung aus. Die CVP unterstützt eine preiswerte, ökologische wie auch ökonomische und bevölkerungsnaher Entsorgungsstrategie.

Konkret:

- Die bereits beschlossene Aufstockung des Polizeibestandes ist konsequent umzusetzen. Falls sich weiterer Bedarf abzeichnet, müssen rasch zusätzliche Schritte beschlossen werden.
- Unverhältnismässige Lücken im Strafprozessrecht (beispielsweise im Bereich der verdeckten Ermittlung) sind zu schliessen.
- Die Kriminalpolizei muss verstärkt werden, um Strafverfahren wieder in kürzerer Zeit abschliessen zu können.
- Im Bereich der Gewaltdelikte fordern wir eine Politik der Null-Toleranz.
- Durch eine verstärkte Polizeipräsenz und Quartierarbeit muss der «Ghettoisierung» einzelner Quartiere aktiv begegnet werden.
- Unbewilligte Parties und kulturelle (Zwischen-)Nutzungen dürfen nicht zu einem Risiko- und Störfaktor für Unbeteiligte werden. Wir unterstützen eine grosszügige Bewilligungspraxis, sind aber für eine konsequente Haltung gegenüber unbewilligten Veranstaltungen.
- Wir unterstützen verhältnismässige und gezielte Aktionen gegen Littering im öffentlichen Raum.

Regionale Zusammenarbeit

Wir setzen uns ein für eine Verstärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Metropolitanraum Basel.

Wir halten am Ziel der Wiedervereinigung der beiden Basel fest. Langfristig ist die Schaffung eines Kantons Nordwestschweiz anzustreben.

Wir unterstützen die Schaffung von gemeinsamen, interkantonalen Institutionen.

Wir verlangen von unseren Partnern einen gerechteren Beitrag an die Zentrumsleistungen.

Wir gehen auf die Forderung der Baselbieter Seite ein, unser Staatswesen transparenter und schlanker zu gestalten.

Konkret:

- Wir unterstützen alle Bemühungen, die eine Wiedervereinigung der beiden Basel zum Ziel haben.
- Wir tragen die Simulation eines vereinigten Kantons Basel mit, damit die Partnerschaftsdiskussion anschaulicher und realitätsbezogener geführt werden kann.
- Wir streben eine paritätische Partnerschaft für das Theater Basel an.
- Geeignete kantonale Amtsstellen sollen zusammengelegt und unter der administrativen Verantwortung des Kantons Basel-Landschaft geführt werden.
- Wir fordern eine regionale Spitalplanung, welche die Schwerpunkte der medizinischen Versorgung auf und für die beiden Halbkantone verteilt. Doppelspurigkeiten und Überkapazitäten müssen beseitigt werden.
- Gesetze sollen kompatibel zum Kanton Basel-Landschaft gestaltet bzw. abgeändert werden.

Unsere Positionen zu aktuellen Themen von A bis Z

Atomausstieg

- Wir tragen den Atomausstieg aktiv und aus Überzeugung mit. Dafür braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien.

Bern

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Basel und der Region Nordwestschweiz bei den Bundesbehörden besser wahrgenommen werden.

City

- Wir engagieren uns für die Attraktivität der City als Erlebnis-, Begegnungs- und Shopping-Zentrum. Dazu gehören eine echte Fussgängerzone im Zentrum und ein zusätzliches Parkhaus am Rand der Innenstadt.

Dreispietz

- Wir treten ein für die Schaffung eines neuen urbanen Quartiers auf dem Dreispitz-Areal.

E-Government

- Wir fordern eine Beschleunigung administrativer Abläufe durch einen vermehrten Einsatz des Internets im Verkehr mit der Kantonsverwaltung.

Familienwohnungen

- Wir setzen uns ein für die gezielte Schaffung qualitativ hochwertiger Familienwohnungen.

Gewalt

- Wir verlangen eine Stärkung der Polizei und eine konsequente Anwendung des Strafrechts durch die rechtsanwendenden Behörden und Gerichte.

Herzstück

- Wir unterstützen und teilen die Vision einer echten Regio-S-Bahn mit einer Durchmesserlinie. Dafür braucht es eine unterirdische Verbindung zwischen Bahnhof SBB und dem Badischen Bahnhof.

Integration

- Wir stehen zum Grundsatz des «Fördern und Fordern». Immigrantinnen und Immigranten, die sich an unsere Gesetze halten, verdienen eine faire Chance zur Integration in Basel.

Jugendpolitik

- Wir unterstützen eine aktive und integrative Jugendarbeit und den stärkeren Einbezug Jugendlicher in das politische Geschehen.

Kleinbasel

- Das Kleinbasel ist durch eine Neugestaltung des Kasernen-Areals aufzuwerten.

Lehrstellen

- Der Kanton soll die Schaffung von Lehrstellen durch private Unternehmen unterstützen, insbesondere durch Massnahmen im Bereich des Steuer- und Submissionsrechts.

MINT

- Wir fordern eine stärkere Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technologie an den Basler Schulen.

Neues Hafenbecken und New Basel

- Wir unterstützen das Ausbauprojekt für den Rheinhafen und wollen uns dafür einsetzen, dass auf freiwerdenden Flächen im Gebiet Rheinhafen und Klybeck ein neuer urbaner Stadtteil entstehen kann.

Osttangente

- Der Ausbau der A2 (Osttangente) ist zum Wohl der betroffenen Quartiere möglichst schonend und unterirdisch umzusetzen.

Post

- Wir sind gegen eine postfreie Zone vom Bruderholz bis nach Bettingen.

Quartierarbeit

- Wir fordern eine aktivere präventive Sozial- und Jugendarbeit in den Quartieren, insbesondere in Quartieren mit Sicherheitsdefiziten wie St. Johann und Matthäus.

Rhein

- Der Rhein als Lebensader unserer Stadt soll besser erlebbar werden. Deshalb setzen wir uns für Veranstaltungen wie z.B. das Basel Tattoo oder das Kulturfluss ein. Auf die Ruhebedürfnisse der Anwohner ist Rücksicht zu nehmen.

Steuern

- Die beschlossenen Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen sind konsequent umzusetzen. Weitere Schritte zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit von Basel-Stadt sind zu prüfen, insbesondere für Unternehmen sowie für den Mittelstand.

Tourismus

- Die Anstrengungen im Bereich der Tourismusförderung sind zu bündeln und zu intensivieren. Gastronomie und Hotellerie sind von unnötigen bürokratischen Lasten zu befreien.

Universitätsspital

- Wir wollen, dass Basel ein Standort der universitären Spitzenmedizin bleibt, und unterstützen alle Partnerschaften, wie z.B. diejenige mit dem Berner Inselspital.

Vaterschaftsurlaub

- Wir unterstützen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, damit die Väter ihrer Verantwortung für Kind und Familie besser gerecht werden können.

Wirtschaftsförderung

- Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind gezielt zu verbessern, insbesondere durch den konsequenten Abbau der Bürokratie.

Xenophobie

- Wir bekämpfen Ausgrenzung und Stimmungsmache gegen Ausländerinnen und Ausländer.

Y-Terminal des Euro-Airports

- Wir stehen zum Euro-Airport und zu seiner grossen Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Basel. Wir wollen eine direkte Anbindung des EAP ans öffentliche Eisenbahn-Schienennetz.

Zolli

- Wir unterstützen einen weiteren Ausbau des Zoos inklusive Ozeanarium.

Vom Vorstand der CVP Basel-Stadt aktualisiert und genehmigt am 27. August 2012.